

# Für immer geteilt – kollektive Enttäuschungen trotz ökonomischer Erfolge in Ostdeutschland?

---

Michael Hüther

## 1. Einleitung

Bereits acht Jahre nach der Wiedervereinigung festigte sich die Erkenntnis, dass die »wirtschaftlichen Probleme der neuen Bundesländer mittlerweile weniger spezifisch transformationspolitische Phänomene, sondern vielmehr Ergebnis allgemeiner Standortprobleme sind, die sich allerdings in den neuen Bundesländern besonders deutlich niederschlagen« (Mummert/Wohlgemuth 1998: 15). Nach wie vor sind viele deutsche Standortnachteile grundlegender Natur und regionsübergreifend wirksam, andere wiederum gelten als spezifisch oder besonders ausgeprägt im Osten des Landes, der von einer ländlichen Struktur geprägt ist und vom demografischen Wandel stärker betroffen ist als der dichter besiedelte Westen Deutschlands. Die wirtschaftliche Konvergenz zum Westen stagniert seit Jahren und es besteht ein Ost-West-Gefälle bei Indikatoren zur Forschung und Entwicklung (FuE), in der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Kaufkraft. Doch während fast eine Dekade nach der Einheit »ein sich selbst tragender Aufschwung Ost nicht in Sicht« war (Mummert/Wohlgemuth 1998: 7), verzeichnet der Osten derzeit vielversprechende Unternehmensansiedlungen und Investitionen multinationaler Unternehmen. Vor diesem Hintergrund stellen sich die Fragen: Ermöglichen spezifische Standortvorteile einen Aufschwung Ost in der Zeitenwende? Und wie passen ökonomische Erfolge und eine vermeintlich kollektive Unzufriedenheit der ostdeutschen Bevölkerung zusammen? Jedenfalls fragt niemand mehr nach den Hemmnissen des Aufbaus Ost durch den Reformstau West (Mummert/Wohlgemuth 1998). Der Osten steht auf eigenen Füßen.

## 2. Konvergenz zwischen Ost und West

Die ostdeutschen Bundesländer weisen auch über 30 Jahre nach der Wiedervereinigung noch einige wirtschaftliche Unterschiede zum Westen auf. So hat der Osten seit der Wende seine Wirtschaftskraft enorm ausgebaut, liegt aber dennoch deutlich hinter dem Westen zurück: Im Jahr 1991 erreichten die fünf ostdeutschen Flächenländer gerade einmal ein Drittel des westdeutschen Bruttoinlandsproduktes je Einwohner. Innerhalb von fünf Jahren wuchs die Wirtschaftskraft pro Kopf auf die Hälfte des westdeutschen Niveaus an und im Jahr 2021 betrug das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Ostdeutschland 71 Prozent des entsprechenden Wertes in Westdeutschland (Tabelle 1). Die Annäherung zwischen der ostdeutschen und westdeutschen Wirtschaftskraft stagnierte nach dem Jahr 2000. Trotzdem verlief die Konvergenz schneller als die sogenannte Barro-Konvergenz (Barro 1994). Diese sieht bei einer Integration zweier Wirtschaftsräume eine durchschnittliche jährliche Verringerung des Abstands der Wirtschaftskraft pro Einwohner um 2 Prozent vor (Büchel/Röhl 2022).

Ein ähnliches Muster ist bei den Bruttolöhnen und -gehältern zu erkennen: Sie haben sich in Ost und West über die Zeit stark angeglichen, doch liegen die ostdeutschen Löhne und Gehälter im Jahr 2022 immer noch 8 Prozent unterhalb des westdeutschen Niveaus. Betrachtet man nur die ostdeutschen Flächenländer, liegt der Anteil am westdeutschen Lohnniveau sogar nur bei 86 Prozent im Jahr 2022. Ein Blick auf die regionalen Preisunterschiede zeigt hingegen einen Kostenvorteil in Ostdeutschland gegenüber Westdeutschland von 4,3 Prozentpunkten. Dadurch sinkt bei einer Betrachtung der realen Einkommen die bevölkerungsgewichtete Ost-West-Differenz zwischen dem nominalen verfügbaren Einkommen je Einwohner 2020 von 11,4 Prozent auf 7,4 Prozent (Goecke et al. 2023). Die Lohnstückkosten in den ostdeutschen Flächenländern haben sich ebenfalls an das westdeutsche Niveau angenähert. Ein Vergleich von Arbeitskosten und Produktivität erklärt diese Entwicklung. Schließlich fallen Arbeitskosten relativ zur Wertschöpfung in Ostdeutschland seit 2010 höher aus als im Westen (Tabelle 1).

Tab. 1: Konvergenz zwischen Ost- und Westdeutschland<sup>1</sup>

	1991	1995	2000	2005	2010	2015	2021
Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner <sup>1)</sup>	33	59	60	66	67	67	71
Bruttolöhne /-gehälter je Arbeitnehmer	58	79	81	82	83	85	90
Arbeitskosten <sup>1)</sup> : Entgelt je Arbeitnehmer	49	74	77	78	80	79	83
Produktivität <sup>1)</sup> : BIP je Erwerbstägigen	42	65	69	78	75	77	81
Lohnstückkosten <sup>1)</sup>	119	114	112	101	106	102	102
Investitionen je Einwohner	66	149	110	77	73	68	73 <sup>5)</sup>
Bruttoausstattungsinvestitionen je Einwohner	62	106	97	64	87	62	64 <sup>5)</sup>
Kapitalstock je Einwohner	38	50	64	71	77	77	78 <sup>4)</sup>
Kapitalstock je Beschäftigten	40	56	73	82	87	89	90 <sup>4)</sup>
Exportquote <sup>1)</sup>	52	40	56	63	67	74	66
FuE-Personalintensität <sup>1)</sup>	49	42	42 <sup>2)</sup>	35 <sup>3)</sup>	43	42	44 <sup>4)</sup>
Patente je Einwohner <sup>1)</sup>	23	27	27	26	28	22	23
Erwerbsbeteiligung <sup>1)</sup>	96	92	88	87	89	87	87

Quellen: in Anlehnung an Büchel/Röhl 2022; Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder; Bundesagentur für Arbeit; Creditreform; DIW; DPMA; ifo; SOEP; Statistisches Bundesamt.

Die Verringerung der ostdeutschen Arbeitslosenquote auf westdeutsches Niveau kann als Erfolg bewertet werden. Anfang der 2000er Jahre war das Ost-West-Gefälle der Arbeitslosenquote auf seinem Höhepunkt und lag bei über 10 Prozentpunkten. Durch die Corona-Pandemie schloss sich die Lücke auf gerade einmal 1,7 Prozentpunkte. Prognosen zufolge wird im Jahr 2023 die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland bei 7,2 Prozent, in Westdeutschland bei 5,3 Prozent liegen (Bundesagentur für Arbeit 2023).

Entscheidend für die zukünftige Entwicklung Ostdeutschlands sind vor allem die Produktivität, der Kapitalstock und der technische Fortschritt. Die ostdeutsche Produktivität (BIP je Erwerbstägigen) hat sich seit der Wiedervereinigung zwar an das westdeutsche Niveau angeglichen, ist durch die höhere Erwerbsquote im Westen jedoch geringer als die Wirtschaftskraft (BIP je Einwohner) und liegt im Jahr 2021 bei knapp über 80 Prozent der westdeutschen Produktivität (Tabelle 1). Außerdem belastet der demografische Wandel

1 Angaben für Ostdeutschland mit Westdeutschland als Basis (Westen=100). Anmerkungen: 1) Ohne Berlin. 2) 1999. 3) 2004. 4) 2019. 5) 2020.

die Wirtschaft in Ostdeutschland stärker: Während in Westdeutschland die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bei hoher Zuwanderung bis 2070 konstant gehalten werden könnte, sinkt sie in Ostdeutschland in allen Szenarios – selbst bei Zuwanderung – im Vergleich zu 2022 um mindestens 10 Prozent (Statistisches Bundesamt 2023).

Die zwischenzeitlich in Ostdeutschland höheren gesamtwirtschaftlichen Investitionen trugen zum Aufbau des Kapitalstocks und dessen Konvergenz an das westdeutsche Niveau bei. Die Schere zwischen den Investitionen in Ost- und Westdeutschland geht seit den 2000er Jahren jedoch wieder auseinander. Bei der Personalintensität im Bereich FuE und der Zahl der Patenten je Einwohner verpassen die ostdeutschen Flächenländer nach wie vor den Anschluss an Westdeutschland und verzeichnen am aktuellen Rand nicht einmal die Hälfte oder ein Viertel der westdeutschen FuE- und Patent-Intensität. Vor diesem Hintergrund kommt den geplanten Großinvestitionen in den ostdeutschen Bundesländern eine hohe Bedeutung zu.

### 3. Aufschwung Ost in der Zeitenwende

Der Sachverständigenrat hat mit Blick auf die Transformation in den neuen Bundesländern 1993 »die Gefahr einer Deindustrialisierung« als »einen nachhaltigen, irreversiblen Verfallsprozess« beschrieben, der weit über das Schrumpfen im normalen Strukturwandel hinausgeht. Das wäre zu befürchten, »wenn man davon ausgehen müsste, dass die Standortbedingungen in den jungen Bundesländern auf längere Sicht erheblich schlechter blieben als in den alten« (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1993). Die Sorge scheint zwar begründet gewesen zu sein, sie hat sich aber letztendlich nicht bewahrheitet: Unmittelbar nach der Wende war die Lücke des geringeren Industrieanteils in Ostdeutschland (inklusive Berlin) mit 14 Prozentpunkten (im Jahr 1992) noch beträchtlich. Die Betriebe der DDR waren dem Wettbewerb mit den westdeutschen Unternehmen ausgeliefert. Nach dem Motto *Privatisierung ist der beste Weg zur Sanierung* konnte der im Rahmen des Aufbau Ost begründete Prozess der Privatisierung durch die Treuhandanstalt bereits im Jahr 1994 abgeschlossen werden. Damit verbunden waren jedoch Betriebsschließungen und Entlassungswellen, was sich auf die Wirtschaftsstruktur auswirkte (Pohl 2021).

Zu Beginn der 2000er wurden dann Industrieansiedlungen wie in Leuna, Dresden, Zwickau und Leipzig vorangetrieben, verebbten aber zunehmend

(Röhl 2014). Dennoch konnte der steigende Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung in Ostdeutschland die Lücke zum Westen stetig verringern und führte zum geringsten Abstand von nicht einmal 5 Prozentpunkten im Jahr 2009. Seitdem stagniert die Konvergenz der Anteile der Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes an der Gesamtwertschöpfung zwischen Ost- und Westdeutschland und liegt im Jahr 2022 weiterhin bei knapp 5 Prozentpunkten. Hoffnung, die Lücke könne sich nun schließen und die Industrieregionen im Osten des Landes erführen eine neue Dynamik, geben die neuen Großinvestitionen und Ansiedlungen multinationaler Unternehmen.

Abb. 1: Aufstrebender Osten – Unternehmensinvestitionen und Subventionen



Quelle: Dezernat Zukunft und eigene Zusammenstellung.

Die derzeit prominentesten Unternehmensansiedlungen – nicht nur wegen der hohen Investitionssumme, sondern auch aufgrund der hohen Subventionszahlungen – konzentrieren sich auf Ostdeutschland und beinhalten die Ansiedlungen unterschiedlicher Chip-Hersteller in Magdeburg und Dres-

den (Abbildung 1). Mit der Überschrift in der Financial Times »The surprising revival of eastern Germany« (Chazan/Miller 2022) kann dem Industriestandort Ostdeutschland zudem eine Strahlkraft über den Atlantik hinaus attestiert werden. Erste Anzeichen eines »kleinen brandenburgischen Wirtschaftswunders« mit einem Wachstum von 6 Prozent im ersten Halbjahr 2023 konnten identifiziert werden (Röhl 2023).

Welche Faktoren treiben diesen Aufschwung Ost? Die Verfügbarkeit Erneuerbarer Energien ist derzeit einer der wesentlichen Standortfaktoren für Unternehmen. Hier bieten die ostdeutschen Flächenländer (mit Ausnahme von Sachsen) überdurchschnittlich hohe Solar- und Windleistungen an. Vor allem Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt sind deutsche Spitzenreiter bei installierten Solar- und Windleistungen. Wie eine Befragung unter Wirtschaftsförderern zeigt, ist die Verfügbarkeit von Industrieflächen ein weiterer entscheidender Standortvorteil des Ostens (Kempermann 2023): Während erschlossene und freie Gewerbegebiete in Westdeutschland praktisch kaum existieren, sind sie im Osten vermehrt verfügbar. Insgesamt geben in den beiden südlichen Bundesländern (Bayern und Baden-Württemberg) 6,1 Prozent und in den vier westlichen Bundesländern (Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland) nur 4,2 Prozent der befragten Wirtschaftsförderer an, dass ausreichend vermarktbare Industrieflächen zur Verfügung stünden. Die ostdeutschen Bundesländer sind mit 20,8 Prozent deutsche Spitzenreiter (Kempermann 2023). Zukünftig wird sich dieser Standortvorteil des Ostens weiter manifestieren, denn im Westen (Süden) gaben 12,5 Prozent (4,2 Prozent) der Befragten an, perspektivisch stünden genügend Industrieflächen zur Verfügung. Im Osten sind es dagegen fast 38 Prozent. Ein weiterer Faktor könnten Bürgerinitiativen sein, die Industrieanlagen verhindern und Investoren abschrecken. Auch hier sticht der Osten die altdeutschen Bundesländer aus: Während im Süden, Westen und vor allem Norden Deutschlands 38 bis 44 Prozent der Wirtschaftsförderer berichten, dass Bürgerinitiativen Industrieanlagen verhindern, sind es im Osten nur 9 Prozent der Befragten (Kempermann 2023).

Darüber hinaus gibt es weitere Aspekte, die sich womöglich für Ostdeutschland positiv auswirken und weitere Investitionen mit sich ziehen könnten: Die neu angesiedelte Produktion von Mikrochips und Elektroautos passt nicht nur in das Portfolio grüner Transformationstechnologien, sondern entspricht auch der mit der Zeitenwende ausgerufenen neuen industriepolitischen Strategie der Bundesregierung und der EU. Mit der Produktion solcher als unverzichtbar identifizierten Schlüsseltechnologien soll die Resilienz

und Unabhängigkeit (von Taiwan und China) gestärkt werden, weshalb die Bundesregierung bereit war, die Ansiedlung großzügig mit Subventionen zu begleiten. Doch weder diese Subventionspolitik noch die von der EU vorgeschlagenen Mindestwerte für in der EU hergestellte Produktionsvolumina, wie etwa 85 Prozent der Batterien, können in einem dynamischen Strukturwandel überzeugen (Hüther et al. 2023). Nichtdestotrotz gilt: Der Osten sollte diese Chance in jedem Fall nutzen und die Bundespolitik sollte – nicht nur für die langfristig Stärkung des (ost-)deutschen Wirtschaftsstandortes – alles tun, um die deutschen Wettbewerbsvorteile, wie ein kontinuierliches Angebot qualifizierter Fachkräfte und eine anwendungsorientierte Hochschullandschaft, zu sichern und auszubauen. Wichtig dabei wäre, dass die öffentlich geförderten Investitionen, die sich derzeit meist auf die Städte konzentrieren (Abbildung 1), auch eine Strahlkraft auf das (Um-)Land entfalten, damit auch die ländlichen Gebiete von einem Aufschwung Ost profitieren können.

#### 4. Persistente und neue Herausforderungen

Die deutsche Einheit ist der Erfolg einer friedlichen Revolution und anschließenden Transformation in eine vereinte, starke Volkswirtschaft. So wird die deutsche Einheit in Ost wie West insgesamt positiv bewertet und mit über 90 Prozent der Befragten befürwortet. Der Anteil der Deutschen, die mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede zwischen Ost und West sehen, ist über die Jahre hinweg gestiegen. Doch mehr als die Hälfte der Ostdeutschen (57 Prozent) geben nach wie vor an, dass die Unterschiede weiterhin überwiegen (Zech/Krause-Courdouan 2023). Obwohl Ostdeutschland die prominentesten Unternehmensansiedlungen und größten Investitionssummen multinationaler Unternehmen derzeit in Deutschland ausweisen kann, geht diese Entwicklung mit einer Unzufriedenheit der ostdeutschen Bevölkerung einher. Wie passt dies zusammen?

Eine historische Erklärung könnten die prägenden Erlebnisse aus der Wiedervereinigung bieten. Eine Systemtransformation beinhaltet nicht nur den Wandel der wirtschaftlichen Ordnung, sondern auch der Gesellschaft (Mummert/Wohlgemuth 1998). So mag der institutionelle und wirtschaftliche Wandel größtenteils erfüllt, der gesellschaftliche aber zum Teil verschlafen worden sein. Mit der Wende wurde eine enorme soziale Unsicherheit verbunden und das Modell der alten Bundesrepublik wurde als überlegen angesehen (Großböltting 2023). Die Brucherfahrung mündete in einem Gewinner-Verlierer-Phä-

nomen in Ostdeutschland, bei dem sich marktwirtschaftliche Entfaltungsmöglichkeiten und eine politische sowie oftmals persönliche wirtschaftliche Degradierung gegenüberstanden (Pohl 2021). Mit den Ansprüchen, die ostdeutschen Bundesländer »schon bald wieder in blühende Landschaften zu verwandeln« (Kohl 1990) und »jetzt wächst zusammen, was zusammengehört« (Willy Brandt), wurde perspektivisch eine Zielmarke der deutschen Wiedervereinigung aufgezeigt. Trotz einer umfassenden Konvergenz war und ist eine vollständige ökonomische Gleichheit der Regionen jedoch utopisch (Pohl 2021). Die von der Politik geschürten Erwartungen wurden mit Blick auf die Ost-West-Unterschiede enttäuscht und manifestierten sich in der Wahrnehmung vieler (Ost-)Deutscher. So ist noch heute ein mangelndes Anerkennungsgefühl im Osten für viele prägend: Über die Hälfte der Ostdeutschen sagt von sich selbst »nach wie vor Bürger zweiter Klasse« zu sein, nur 16 Prozent der Westdeutschen sagen dies über ostdeutsche Mitbürger (Zech/Krause-Courdouan 2023).

Einen weiteren Erklärungsansatz könnten die bestehenden und prägenden Unterschiede sein, die sich trotz der zum Teil großen Erfolge ökonomischer Konvergenz zwischen Ost- und Westdeutschland halten. Die ostdeutschen Flächenländer haben eine deutlich ländlichere Struktur als der dichtbesiedelte Westen und sehen sich somit mehr schrumpfenden, ländlichen und weniger wachsenden, urbanen Räume gegenüber. Dies spiegelt sich auch in der Daseinsvorsorge wider: Zwar ist die Kinder-Betreuungslücke in Ostdeutschland mit 6,6 Prozent viel geringer als in allen anderen Teilen Deutschlands (Geiss-Thöne 2023); Eltern, die ihr Kind zur nächstgelegenen Kita in Mecklenburg-Vorpommern bringen, brauchen jedoch mehr als doppelt so lang wie in Nordrhein-Westfalen (Diermeier et al. 2023a). Auch bei der Erreichbarkeit von Grundschulen, Schwimmbädern oder Hausärzten sowie bei der Verfügbarkeit von Breitbandinternet oder der regionalen Kaufkraft zeigt sich ein Ost-West-Gefälle (Diermeier et al. 2023b; Büchel/Röhl 2023; Küpper/Peters 2019; Schröder/Wendt 2023).

Das Gefühl, in einer abhängten Region zu leben, sowie Enttäuschungen und Verunsicherungen durch multiple Krisen befördern das Votum für die rechtspopulistische Partei, Alternative für Deutschland (AfD). Bei der Bundestagswahl 2021 erhielt die AfD in Ostdeutschland über 10 Prozentpunkte mehr als in Westdeutschland. Neu sind Unterschiede im Wahlverhalten zwischen Ost und West nicht (Träger 2015), der derart robuste Einzug einer rechtspopulistischen, in Teilen rechtsextremen, Partei in die ostdeutschen Parlamente der Bundesrepublik aber durchaus. Wenngleich sich die AfD auch in westdeut-

schen Landesparlamenten festgesetzt hat, ist die Affinität zu rechtspopulistischen Parteien »kein Problem Ostdeutschlands, wohl aber ein Problem in Ostdeutschland« (Großbölting 2023). Um zu verstehen, was die Wählerschaft der AfD umtreibt, lohnt ein Blick in die von der Transformation betroffenen Regionen. Hier machen sich die Leute mehr Sorgen als anderswo und wählen, vor allem in den ostdeutschen Transformationsregionen, verstärkt die AfD (Bergmann et al. 2023). Dabei könnten die Wahlerfolge der AfD die Chancen des aufstrebenden Industriestandortes Ostdeutschland gefährden. Denn fast jeder zweite befragte Hauptgeschäftsführer eines großen Wirtschafts- oder Arbeitgeberverbandes stimmt der Aussage zu, das Erstarken der AfD führe auf betrieblicher Ebene zu »Schwierigkeiten, in AfD-Hochburgen Fachkräfte aus dem Ausland zu gewinnen« (Bergmann/Diermeier 2023).

## 5. Land – Stadt statt Ost – West?

Vor dem Hintergrund der anhaltenden, im Vergleich zu früher aber geringeren Unterschiede zwischen Ost und West – die auch als Normalfall regionaler Unterschiede in der Wirtschaftsleistung bewertet werden können (Pohl 2021) –, stellt sich die Frage, ob die Debatte um De-Industrialisierungstendenzen und Transformationsherausforderungen noch um eine Differenzierung zwischen Ost und West oder vielmehr zwischen abgehängtem ländlichem und prosperierendem städtischem Raum gehen sollte (Der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland 2023). Da Ostdeutschland vermehrt ländliche Strukturen aufweist, bedingt auch die Debatte um Stadt-Land-Konflikte eine Diskussion um ökonomische Schwierigkeiten in Ostdeutschland. Demgegenüber hätte der Fokus auf Unterschiede zwischen Stadt und Land den Vorteil einer verstärkt gesamtdeutschen, Ost-West vereinenden Perspektive. Fast 30 Prozent aller kreisfreien Städte und Landkreise gelten als (automobile oder ökologische) Transformationsregion. Davon sind knapp 80 Prozent ländlich geprägt. Die Transformationsregionen sind dabei recht gleichmäßig über Deutschland hinweg verteilt und keineswegs nur ein ostdeutsches Phänomen (Lichtblau et al. 2022). Hier müssen der Strukturwandel und die anstehende Transformation bewältigt werden. Hier gibt es hohe Unsicherheiten in der Gesellschaft und die AfD verzeichnet größere Wahlverfolge. Hier also muss eine breite Investitions-, Regional- und Innovationspolitik verstärkt ansetzen, die zugleich den gesellschaftlichen Folgen der Transformation engagementpolitisch und bildungspolitisch Rechnung trägt. Dazu

gehört auch die politische Einsicht, dass ein forciertter Strukturwandel – wie durch das Vorziehen des Kohleausstiegs – in der Lausitz auf andere Erfahrungen (Transformation 1989/90), Erwartungen (Verlässlichkeit der gegebenen Versprechen) und Möglichkeiten (schwächer geprägtes urbanes Umfeld) trifft als im Rheinischen Revier. Allein das nicht zur Kenntnis zu nehmen, schürt jene Enttäuschungen und Widerstände, die dem politischen Misstrauensvotum gegen unsere Institutionen den Boden bereiten.

## Literatur

Barro, Robert J. (1994): Economic Growth and Convergence, International Center for Economic Growth, Occasional Paper, Nr. 46, San Francisco.

Bergmann, Knut/Diermeier, Matthias/Kempermann, Hanno (2023): AfD in von Transformation betroffenen Industrieregionen am stärksten, in: IW-Kurzbericht, Nr. 71, Berlin/Köln.

Bergmann, Knut/Diermeier, Matthias (2023): AfD-Erstarken. Verbände sehen stärker politische als ökonomische Risiken, in: IW-Kurzbericht, Nr. 63, Köln.

Büchel, Jan/Röhl, Klaus-Heiner (2022): Sind anhaltende Produktivitätsunterschiede zwischen West- und Ostdeutschland auch durch Unterschiede in der Datenbewirtschaftung zu erklären?, in: IW-Trends, 49. Bd., Nr. 4, S. 23–43.

Büchel, Jan/Röhl, Klaus-Heiner (2023): Aufbau Ost. Die Gigabit-Lücke, in: IW-Kurzbericht, Nr. 15, Köln/Berlin.

Bundesagentur für Arbeit (2023): Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf: Entwicklung der Arbeitslosenquote, Stand: September 2023.

Chazan, Guy/Miller, Joe (2023): The surprising revival of eastern Germany, Website Financial Times, [online] <https://www.ft.com/content/fidoe732-d523-40db-b753-ae404498dc7a> [abgerufen am 30.10.2023].

Der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland (2023): Zum Stand der Deutschen Einheit – Bericht der Bundesregierung 2023, Berlin.

Diermeier, Matthias/Ehlers, Carolin/Engler, Jan Felix/Fremerey, Melinda/Wendt, Jan Marten (2023a): Erreichbarkeiten. Schulen und Kitas, in: IW-Kurzbericht, Nr. 41, Köln/Berlin.

Diermeier, Matthias/Engler, Jan Felix/Fremerey, Melinda/Ehlers, Carolin (2023b): Schwimmbäder. Infrastruktur und Erreichbarkeiten, in: IW-Kurzbericht, Nr. 68, Köln.

Geis-Thöne, Wido (2023): Betreuungsplätze: Fast 300.000 U3-Kitaplätze fehlen, Website IW, [online] <https://www.iwkoeln.de/presse/pressemitteilungen/wido-geis-thoene-fast-300000-u3-kitaplaetze-fehlen.html> [abgerufen am 30.10.2023].

Goecke, Henry/Henger, Ralph/Kawka, Rupert/Schröder, Bjarne/Schröder, Christoph/Wendt, Jan Marten (2023): Regionaler Preisindex – ein neuer Ansatz mit Big Data, Gutachten in Zusammenarbeit mit dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Köln.

Großbölting, Thomas (2023): Von Ossis und Wessis, in: FAZ, Nr. 240.

Hüther, Michael/Bardt, Hubertus/Bähr, Cornelius/Matthes, Jürgen/Röhl, Klaus-Heiner/Rusche, Christian/Schaefer, Thilo (2023): Industriepolitik in der Zeitenwende, in: IW-Policy Paper, Nr. 7, Köln.

Kempermann, Hanno (2023): Industrieflächen: Rar bis nicht existent, Website iwd, [online] <https://www.iwd.de/artikel/industrieflaechen-rar-bis-nicht-existent-590121/#:~:text=Kernaussagen%20in%20K%C3%BCrze%3A,von%20vermarktsreifen%20Industriefl%C3%A4chen%20f%C3%A4r%20ausreichend> [abgerufen am 30.10.2023].

Kohl, Helmut (1990): Fernsehansprache zum Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, Website Bundesregierung, [online] <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/der-entscheidende-schritt-auf-dem-weg-in-die-gemeinsame-zukunft-der-deutschen-fernsehansprache-des-bundeskanzlers-zum-inkrafttreten-der-waehrungsunion-am-1-juli-1990-788446> [abgerufen am 30.10.2023].

Küpper, Patrick/Peters, Jan Cornelius (2019): Entwicklung regionaler Disparitäten hinsichtlich Wirtschaftskraft, sozialer Lage sowie Daseinsvorsorge und Infrastruktur in Deutschland und seinen ländlichen Räumen, Nr. 66, Thünen Report.

Lichtblau, Karl/Ewald, Johannes/Lang, Thorsten/Schroeder, Wolfgang/Buhr, Daniel (2022): Transformationsstrategien für besonders betroffene Regionen: Identifizierung und Bewertung, Köln.

Mummert, Uwe/Wohlgemuth, Michael (1998): Aufschwung Ost im Reformstau West, *Contributiones Jenenses* 6. Bd., Max-Planck-Institut zur Erforschung von Wirtschaftssysteme, Nomos: Baden-Baden.

Pohl, Rüdiger (2021): Aufbau Ost: Lief da etwas falsch?, in: Wirtschaftsdienst, 101. Bd. (Suppl. 1), S. 14–20.

Röhl, Klaus-Heiner (2014): 25 Jahre nach dem Mauerfall: Bilanz und Herausforderungen, IW-Trends-Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung, 41. Bd., Nr. 3, S. 73–90.

Röhl, Klaus-Heiner (2023): Sechs Gründe, warum die Deutsche Einheit nicht gescheitert ist, Website IW, [online] <https://www.iwkoeln.de/presse/iw-nachrichten/klaus-heiner-roehl-sechs-gruende-warum-die-deutsche-einheit-nicht-gescheitert-ist.html> [abgerufen am 30.10.2023].

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (1993): Zeit zum Handeln – Antriebskräfte stärken, Jahresgutachten 1993/94.

Schröder, Christoph/Wendt, Jan (2023): Kaufkraft: Starnberger können sich am meisten leisten, Website IW, [online] <https://www.iwkoeln.de/presse/iw-nachrichten/christoph-schroeder-jan-marten-wendt-starnberger-koennen-sich-am-meisten-leisten.html> [abgerufen am 6.11.2023].

Statistisches Bundesamt (2023): Bevölkerung im Erwerbsalter wird in Ostdeutschland in den nächsten 20 Jahren um 0,6 bis 1,2 Millionen Menschen abnehmen, Website Statistisches Bundesamt, [online] [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/09/PD23\\_N052\\_12.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/09/PD23_N052_12.html) [abgerufen am 30.10.2023].

Träger, Hendrik (2015): Ein Vierteljahrhundert Wahlen in Ost und West (1990 bis 2014): regionale Unterschiede und Gemeinsamkeiten, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 46. Bd., Nr. 1, S. 57–81.

Zech, Luisa/Krause-Courdouan, Laurent (2023): Ostdeutsche und Westdeutsche – Warum sie Demokratie verschieden verstehen, Website ZDF, [online] <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/politbarometer-deutschland-demokratie-wahlen-100.html> [abgerufen am 30.10.2023].